

Was hinter der auffälligen Vagheit des Kanzlers beim Klimaschutz steckt



Von **Robin Alexander**
Stv. Chefredakteur

Veröffentlicht am 11.11.2025 | Lesedauer: 4 Minuten



Kanzler Friedrich Merz (CDU) bei einer Pressekonferenz auf dem Auftaktgipfel zur Weltklimakonferenz im brasilianischen Belém

Quelle: Kay Nietfeld/dpa

Das Klima-Thema gilt mittlerweile für Politiker bis weit in die politische Mitte als toxisch. Kanzler Merz stellt im Vorfeld der Weltklimakonferenz in Brasilien eine Wende in der deutschen Klimapolitik vor. Was sich dort abspielt, markiert eine deutliche Abkehr vom Kurs seiner Vorgänger.

Um Friedrich Merz' (CDU) ersten Auftritt vor einer Weltklimakonferenz zu verstehen, muss man in die Vergangenheit schauen. Seine Vorvorgängerin Angela Merkel (CDU) verhandelte vor zehn Jahren nicht weniger als die „Dekarbonisierung der Weltwirtschaft“ im kommenden Jahrhundert ins Abschlusskommuniqué hinein. Weltwirtschaft, Jahrhundert – eine kleinere Münze war damals nicht zur Hand.

Und noch vor zwei Jahren versprach die damalige Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) (<https://www.welt.de/wirtschaft/article244699946/Weltbank-Schulze-will-die-Weltbank-auch-zur-Klimaschutzbank-machen.html>) auf der Auftaktveranstaltung der Weltklimakonferenz in Dubai 100 Millionen Dollar für einen neuen Fonds zum Ausgleich von Klimaschäden in besonders verwundbaren Staaten. Und das nur eine Woche, nachdem das Bundesverfassungsgericht die Befüllung des „Klima- und Transformationsfonds“ mit 60 Milliarden aus Corona-Krediten für nichtig erklärt (<https://www.welt.de/wirtschaft/plus248548278/Bundesverfassungsgericht-Wir-haben-eine-veritable-Krise-Das-historische-Urteil-und-seine-Folgen.html>) hatte.

In diesem Jahr findet die Klimakonferenz im brasilianischen Belém statt, also fast im Regenwald. Es wäre die erste, die Merz besucht. Aber streng genommen hat sie noch gar nicht begonnen: Merz nimmt am Freitag an einem vorgelagerten Event für Staats- und Regierungschefs teil.

Immerhin: Er nimmt teil. Lange war das nicht klar. Denn das Klimathema gilt mittlerweile für Politiker bis weit in die politische Mitte als toxisch. Donald Trump, der amerikanische Präsident, sabotiert Klimaschutz offen (<https://www.welt.de/wissenschaft/umwelt/article68c4bc73f313976149c6dfo7/treibhausgasemissionen-trump-regierung-schafft-programm-zur-kontrolle-des-co2-ausstosses-ab.html>), die USA haben niemanden Hochrangigen nach Brasilien geschickt. Der britische Ministerpräsident Keir Stamer ist angereist, hat sich aber nicht von Journalisten begleiten lassen, um öffentlich nicht zu sehr mit dem Thema verbunden zu werden.

So weit geht Merz nicht. Er hält eine Rede und gibt ein ausführliches Pressestatement. Obwohl er schwer zu verstehen ist, weil ein tropischer Regen auf das zeltartige Dach des Tagungsortes prasselt, beantwortet er geduldig Fragen auf Deutsch und Englisch.

Seine Botschaft: Der deutsche Kanzler will nicht auf Klimaschutz verzichten, ihn aber anders machen als bisher. Zehn Jahre nach dem Pariser Klimaabkommen stehe die Welt an einer „Weggabelung“, sagt Merz: „Für Deutschland ist die Entscheidung an dieser Weggabelung klar: Wir setzen auf Innovation und Technologieoffenheit, um dem Klimawandel Einhalt zu gebieten. Unsere Wirtschaft ist nicht das Problem, sondern der Schlüssel, um unser Klima besser zu schützen.“

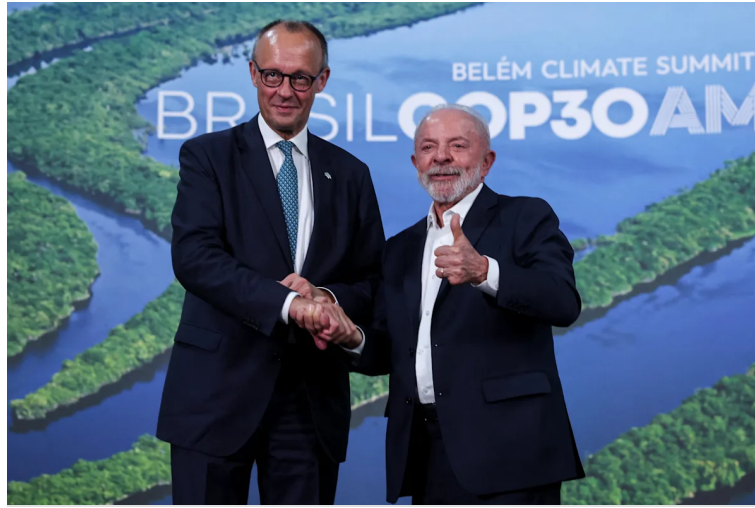
Das ist der Kerngedanke seiner Rede. Vor der Presse führt er ihn später aus: „Wir dürfen dabei den Klimawandel nicht isoliert betrachten. Klimawandel, Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft und Sicherheit unserer Länder müssen in Einklang stehen.“ An den Klimazielen werde seine Regierung festhalten: „Wir sind und wir bleiben auf Kurs. Ein Denken allerdings in Dogmen wird uns nicht voranbringen. Wir brauchen eine Klimapolitik, die offen ist. Vor allem offen für Technologie.“

Habecks Heizgesetz abschaffen? Passiert ist bislang nichts

Technologie-Offenheit und Energie-Sicherheit sind die Begriffe, um die sich die Politik der schwarz-roten Koalition in diesem Bereich dreht. Was das konkret heißt, bleibt im Regierungsalltag bisher allerdings oft offen. Die „Abschaffung des Heizgesetzes“ etwa, mit dem die Union im Wahlkampf gegen den damaligen grünen Klimaminister Robert Habeck polemisierte, schaffte es tatsächlich in den Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD.

Aber seit der Regierungsübernahme ist nichts passiert. Nicht einmal ein Referentenentwurf zur Änderung, geschweige denn Abschaffung des Gebäude-Energie-Gesetzes liegt vor. Unionsabgeordnete drängen darauf, die Vorschrift aufzugeben, neue Heizungen müssten zu mindestens 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden. Die Sozialdemokraten verweigern das.

Auch in Belém bleibt Merz bei Ankündigungen. Einen „namhaften Betrag“ werde Deutschland beisteuern zur „Tropical Forest Forever Facility“, verspricht er. Die hat sich der Gastgeber, Brasiliens linker Präsident Lula da Silva, ausgedacht. In dem Konstrukt sollen staatliche Gelder mit privaten Investitionen gehebelt werden und das Ganze gewinnbringend angelegt werden. Aus den Renditen werden nicht nur Garantiezinsen gezahlt, sondern auch Prämien für Länder, die ihren Regenwald nicht abholzen.



Der Kanzler und der Gastgeber, Brasiliens Präsident Lula da Silva

Quelle: REUTERS/Adriano Machado

In früheren Zeiten hätte Deutschland früh eine Summe benannt, um andere Länder ebenfalls zum Mittun zu bewegen. Merz vermeidet hingegen eine konkrete Botschaft diesbezüglich: Die Haushalte sind knapp und das Thema nicht populär. Außerdem prüfen zu Hause noch das Finanzministerium und die Kreditanstalt für Wiederaufbau, ob Lulas sehr spezielle Konstruktion des Regenwald-Fonds mit dem deutschen Haushaltsrecht in Übereinstimmung zu bringen ist.

Robin Alexander (<https://www.welt.de/autor/robin-alexander/>) ***ist stellvertretender Chefredakteur.***